

Prüfungstyp II Materialbasis: gedruckter fiktionaler Text

Teil 1 Textverständnis und Sprachgebrauch

Aufgabe 1

Markierung der richtigen Aussagen, die sich aus dem Text ableiten lassen, mit dem Buchstaben „r“

a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)	h)	i)	j)	k)	l)
r			r		r	r	r			r	

Aufgabe 2

Angabe von Textbelegen zu Aussagen über Nickys Lebensumstände und entsprechender Zeilenangabe

	Aussage über Nickys Familienverhältnisse und ihre soziale Herkunft	Textbelege	Zeile(n)
A	Nickys Vater wirkt auf manche Menschen abstoßend.	„ein fantasievoll, aber vulgär tätowierter Kerl, [...] Er war ein Arschloch“	4f.
B	Schwächere leiden unter dem Verhalten von Nickys Vater.	„einer, der wusste, wie man Frau und Kindern das Leben zur Hölle machte“	4f.
C	Nickys Verhältnis zu ihrem Vater hat im Laufe der Zeit verschlechtert, weil der Vater sich veränderte.	„Sie erinnerte sich an andere Zeiten. Doch als ihr Vater seine Arbeit verlor, begann der klassische Abstieg“.	28
D	Nicky leidet unter den Verhältnissen in ihrer Familie.	„weit entfernt von dieser elterlichen Hölle“	31f.
E	Nickys Mutter kann die Fehler des Vaters nicht ausgleichen.	„Und da war keine Mutter, die sich schützend vor ihre Kinder gestellt hätte“.	29f.
F	Die gesellschaftliche Stellung eines Menschen richtet sich nach Meinung mancher Leute nach dessen Herkunft.	„Auf der sozialen Stufenleiter unter ihnen rangierten einzig die wenigen Menschen aus Surinam“.	8f.

Aufgabe 3

Schlussfolgerungen zuordnen, die sich aus Textaussagen ableiten lassen

A	B	C	D	E
3	2	1	2	1

Aufgabe 4

Erklärung von Formulierungen

	Formulierungen	Erklärungen
A	„Nickys Examensnoten waren so gut, dass die [...] Kommilitonen auf der Handelshochschule <u>vor Neid erblassten</u> “. (Z.33f.)	Nickys Examensnoten waren so gut, dass die Kommilitonen auf der Handelshochschule ihr den Erfolg nicht gönnten/eifersüchtig waren auf ihren Erfolg.
B	„Beim Weiterlesen <u>stockte ihr der Atem</u> .“ (Z.61)	Beim Weiterlesen erschrak sie plötzlich.
C	„Doch Nicky <u>biss die Zähne zusammen</u> “. (Z.31)	Doch Nicky strengte sich an und hielt durch.
D	„Gewaltexzesse waren nahezu an der <u>Tagesordnung</u> .“ (Z.29)	Gewaltexzesse waren üblich/fanden regelmäßig statt.
E	„dass Nicky regelmäßig einen Betrag <u>abdrückte</u> “ (Z.25)	dass Nicky ihren Eltern regelmäßig Geld gab

Aufgabe und Erläuterung der Aufgabenstellung**1.7 Erläutern Sie...**

Schreiben Sie auf, wie persönlicher und staatlicher Umweltschutz aussehen kann.

Antworten**Staatliche Maßnahmen**

- Der Staat strebt an, zu einer CO₂-armen und ressourceneffizienten Wirtschaft überzugehen, die biologische Vielfalt zu bewahren und die Gesundheit der Bevölkerung durch Rechtsvorschriften zu Luftqualität, Chemikalien, Klima, Natur, Abfall und Wasser zu schützen.
- Seit einigen Jahren werden Anstrengungen in zahlreichen Bereichen unternommen, z. B. in Bezug auf neue Recyclingziele, Beschränkungen für Plastiktragetaschen, Maßnahmen in Bezug auf Kunststoffe und die Eindämmung von Abfällen im Meer.
- Ähnliches gilt für die Ziele bei den Treibhausgas-Emissionen bis 2030 und Maßnahmen für ein Verkehrswesen mit geringeren CO₂-Emissionen, etwa über verstärkte Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und den Ausbau der Elektromobilität.

Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021**Aufgabe und Erläuterung der Aufgabenstellung****1.1 Nennen Sie ...**

Schreiben Sie die Parteien auf, die im Deutschen Bundestag vertreten sind.

Antworten

CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke, B'90/Grüne

1.2 Erklären Sie...

Schreiben Sie auf, was man unter dem personalisierten Verhältniswahlrecht versteht.

Das personalisierte Verhältniswahlrecht kommt in einem Mischwahlsystem zur Anwendung. Beim Wahlakt sind zwei Stimmen zu vergeben. Der Deutsche Bundestag zählt 598 Abgeordnete. Die Hälfte von ihnen, also 299, wird nach relativer Mehrheitswahl direkt in den Wahlkreisen gewählt. Diesen Direktmandaten gilt die *Erststimme*. Die Erststimme macht den „personalisierten“ Teil des Wahlsystems aus, weil die Wähler*innen damit eine bestimmte Person ihres Wahlkreises wählen. Mit der *Zweitstimme* werden demgegenüber Parteien gewählt, und zwar nach dem Verhältniswahlrecht. Die Zweitstimme entscheidet über die Zusammensetzung des Bundestages. Hierbei gilt: Jede Partei zieht von der Gesamtzahl der gewonnenen Sitze jene ab, die von den Wahlkreissiegern dieser Partei besetzt sind. Die verbleibenden Sitze erhalten Kandidat*innen von den Landeslisten der Partei. Sie haben somit Listenmandate inne.

1.3 Erläutern Sie...

Schreiben Sie auf, warum es derzeit 709 Abgeordnete im Deutschen Bundestag gibt.

Die Differenz von 111 Abgeordneten entsteht durch Überhang- und Ausgleichsmandate: Wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Wahlkreissieger hat, als ihr dort Bundestagssitze zustehen, bekommt sie entsprechend zusätzliche Sitze. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Bundestagssitze um diese Überhangmandate. Die anderen Parteien erhalten im Anschluss so viele Ausgleichsmandate, bis das Verhältnis der Zweitstimmen wiederhergestellt ist. Dadurch steigt die Gesamtzahl der Bundestagssitze weiter an.

1.4 Erläutern Sie...

Schreiben Sie auf, wie man jenseits von Wahlen Einfluss auf die Politik nehmen kann.

- Bürgerbegehren oder Bürgerentscheid: In allen Bundesländern haben die Bürger*innen die Möglichkeit, auf Kommunal- oder Kreisebene mit Hilfe von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden direkt in die lokale Politik einzugreifen. Dies geschieht häufig bei Bauprojekten wie Umgehungsstraßen, Wohnsiedlungen oder Stromtrassen und Windkraftanlagen.
- Einwohnerantrag: Mit dem Einwohnerantrag können Einwohner*innen einer Gemeinde den Gemeinderat verpflichten, sich mit einer bestimmten Angelegenheit in einer öffentlichen Sitzung zu befassen.
- Petitionen: In Deutschland ist das Petitionsrecht als Grundrecht in Art. 17 (GG) festgeschrieben. Auch die jeweiligen Landesverfassungen räumen das Petitionsrecht ein.
- Bei einer Mitgliedschaft und Mitarbeit in Parteien und Verbänden hat man die Möglichkeit an der Ausarbeitung von konkreten Programmen dieser Organisationen aktiv mitzuwirken. Es besteht außerdem die Möglichkeit der Mitarbeit in Jugendparlamenten und Jugendgemeinderäten.

Kaufmännische Ausbildungsberufe • Wirtschafts- und Sozialkunde (KB I – III) • Lösungsvorschläge

- 2.2 Die Tarifverhandlungen werden von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften geführt. Nur die Gewerkschaft kann zu Streiks aufrufen. Dies ist aber nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Es muss die Friedenspflicht abgelaufen sein, dann darf die Gewerkschaft zu Warnstreiks aufrufen. Erst nach dem Scheitern der Verhandlungen und einer Urabstimmung, bei der die Gewerkschaftsmitglieder einem Streik mehrheitlich zustimmen, darf gestreikt werden. Da die Verhandlungen noch laufen und der Betriebsrat nicht zuständig ist, ist die **Forderung nicht umsetzbar**.
- 2.3 Nach § 87 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BetrVG hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht, wenn es um die Arbeitszeit geht. Das bedeutet, dass der Betriebsrat im Vorfeld der Änderung zu informieren und anzuhören ist. Ist der Betriebsrat – wie in dem Falle – dagegen und es kommt keine Einigung zustande, ist nach § 87 Abs. 2 BetrVG die Einigungsstelle zuständig. Die Entscheidung der Einigungsstelle ist dann bindend. Da diese auch entscheiden kann, dass die Änderung der Kernarbeitszeit in Ordnung ist, kann es der Betriebsrat also **nicht auf jeden Fall verhindern**.
- 2.4.1
- Der technische Fortschritt bei medizinischen Geräten und die Neuentwicklung von Medikamenten führt zu höheren Ausgaben der Krankenkassen.
 - Die zunehmende Lebenserwartung führt zu steigenden Kosten, da gerade auch mit zunehmendem Alter mehr Krankheiten auftreten.
 - Durch die COVID-19-Pandemie sind die Einnahmen bei den Krankenkassen gesunken, da durch höhere Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weniger beitragspflichtige Einkünfte erzielt wurden.
- 2.4.2 Mögliche Betriebsvereinbarungen könnten sein:
- „Die Bauer Wellenantriebe GmbH übernimmt die Kosten für Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge (z.B. Rückentraining, Raucherentwöhnung) bis zu 250 Euro im Kalenderjahr“.
 - „Die Bauer Wellenantriebe GmbH trägt die Kosten für 2 medizinische Zahnreinigungen im Kalenderjahr“.
 - „Die Bauer Wellenantriebe GmbH gewährt für Eigenanteile bei Medikamenten/physiotherapeutischer Behandlung... einen Zuschuss von 50 % des Eigenanteils“.

Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

Aufgabe 1

- 1.1 Für eine Duale Ausbildung spricht, dass...
- ... man während der Ausbildungszeit bereits etwas verdient (**Ausbildungsvergütung**).
 - ... nicht nur die Theorie vermittelt wird, sondern man auch gleich **Praxiserfahrung** bekommt.
 - ... **Übernahmechancen** im Ausbildungsbetrieb bestehen.
- 1.2 Folgende Fehler sind zu korrigieren:
- Im **Bereich E** stimmt die Ausbildungsvergütung im 2. und 3. Ausbildungsjahr nicht. Die Mindestvergütung ist in § 17 Abs. 2 BBiG festgelegt. Da die Ausbildung in 2021 beginnt, sind mindestens 550 Euro zu zahlen (§ 17 Abs. 2 Nr. 1b BBiG), dies ist korrekt angegeben.
- Im 2. Ausbildungsjahr muss die Vergütung aber nach § 17 Abs. 2 Nr. 2 BBiG um 18 % steigen, also um
- $$\frac{550 \text{ Euro} \cdot 18}{100} = 99 \text{ Euro.}$$
- 550 Euro + 99 Euro = **649 Euro muss die Vergütung im 2. Ausbildungsjahr mindestens betragen**, die angegebenen 620 Euro sind zu wenig.
- Im 3. Ausbildungsjahr darf die Ausbildungsvergütung nicht sinken, sondern muss im Vergleich zum ersten Jahr um 35 % steigen.
- $$\frac{550 \text{ Euro} \cdot 35}{100} = 192,50 \text{ Euro.}$$
- 550 Euro + 192,50 Euro = **742,50 Euro muss die Vergütung im 3. Ausbildungsjahr mindestens betragen**.
- Auch im **Bereich G** (Urlaubsanspruch) sind Fehler zu korrigieren. Julia Müller ist am 14.04.2004 geboren. Zu Beginn des ersten Ausbildungsjahres ist sie noch keine 17 Jahre alt. Nach § 19 Abs. 2 Nr. 2 JArbSchG stehen **im Kalenderjahr 2021** 27 Werktage Urlaub zu, anteilig für 4 Monate also 9 Werk-tage. Da die Urlaubstage im Vertrag nicht als Werk-tage angegeben sind, müssen die Werk-tage noch in Arbeitstage umgerechnet werden. Dabei gilt 6 Werk-tage = 5 Arbeitstage.
- Rechenweg:
- $$6 \text{ WT} = 5 \text{ AT} \quad 9 \text{ WT} = x \text{ AT} \quad \rightarrow \frac{9 \cdot 5}{6} = 7,5 \text{ Arbeitstage.}$$
- Da es keine halben Arbeitstage gibt, ist aufzurunden. Somit stehen Julia **im Kalenderjahr 2021 8 Arbeitstage Urlaub** zu und nicht nur 7.
- Zu Beginn des **Kalenderjahres 2022** sie noch keine 18 Jahre alt. Somit stehen ihr nach §19 Abs. 2 Nr. 3 JArbSchG mindestens 25 Werk-tage Urlaub zu, also $\frac{25 \cdot 5}{6} = 20,8$, aufgerundet **21 Arbeitstage**.
- Die beiden anderen Jahre sind korrekt**, da sie dann volljährig ist und nach § 3 BurlG Anspruch auf 24 Werk-tage Urlaub im Kalenderjahr hat, umgerechnet sind dies dann $\frac{24 \cdot 5}{6} = 20$ Arbeitstage. Auch im Jahr 2024 ist der Anspruch nicht zu kürzen. Da das Ausbildungsverhältnis erst nach dem 30.06. endet, steht ihr der volle Urlaubsanspruch zu.

Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

Aufgabe 1

- 1.1.1 „Herr Mayer, Ihre Bedenken kann ich sehr gut verstehen, aber ich kann Sie beruhigen. Unsere Fahrzeuge sind mit einem modernen Sicherheitssystem ausgerüstet. Das elektronische Stabilitätsprogramm sorgt dafür, dass sich Ihr Fahrzeug selbstständig stabilisiert, sobald das Fahrzeug ins Rutschen kommt.“
- 1.1.2 Das elektronische Stabilitätsprogramm (ESC/ESP) hat den Vorteil, dass elektronische Sensoren messen, wenn das Fahrzeug in Kurven zum Rutschen neigt. Einzelne Räder können abgebremst werden, bis das Fahrzeug wieder eine stabile Straßenlage erreicht hat. Sowohl Über- als auch Untersteuern kann so vermieden werden.
- 1.2 „Ich kann Sie gut verstehen. Es ist wirklich ein tolles Gefühl, einen Neuwagen zu besitzen, den vorher noch keine andere Person im Straßenverkehr benutzt hat. Genau das erhalten Sie mit unseren günstigen Tageszulassungen, weil es sich dabei um Neuwagen handelt, die nur für einen Tag vom Autohaus oder Fahrzeughersteller zugelassen wurden, ohne die Fahrzeuge im Straßenverkehr zu nutzen.“
- 1.3.1 „Das sind natürlich Sorgen, mit denen ich mich auch befassen würde. Wir finden sicher auch dafür eine Lösung.
- Mit einer Vollkaskoversicherung können Sie ruhig schlafen, wenn Ihre Tochter wirklich eine Beule in das Fahrzeug gefahren hat. Die Vollkaskoversicherung kommt für alle Schäden an Ihrem eigenen Fahrzeug auf, die durch den Fahrer Ihres Fahrzeugs verursacht wurden. (Sie können sogar die Versicherungsbeiträge senken, wenn Sie eine überschaubare Selbstbeteiligung vereinbaren möchten.)
- Eine Restschuldversicherung hätte die Familie Ihres Arbeitskollegen abgesichert. Die Restschuldversicherung übernimmt im Todesfall alle offenen Finanzierungsverpflichtungen für die Hinterbliebenen. Sie können also mit einer Restschuldversicherung Ihre Familie ganz einfach absichern. (Weitere Leistungen der RSV können herausgehoben werden, z.B.: Die RSV bietet Ihnen und Ihrer Familie zudem noch viel mehr Sicherheit, weil sie bspw. auch für die laufenden Raten aufkommt, falls Sie unverschuldet arbeitslos oder arbeitsunfähig werden.)
- Wäre das eine Lösung für Ihre Sorgen um Ihre Familie und Ihr schönes neues Auto? Ich erstelle Ihnen gerne ein Angebot für die beiden Versicherungen.“
- 1.3.2 Die Kraftfahrzeugversicherungen ersetzen im Falle des Totalschadens oder Diebstahls den Wiederbeschaffungswert des Fahrzeugs. Sofern zu diesem Zeitpunkt die offenen Kreditverpflichtungen den Wiederbeschaffungswert übersteigen, übernimmt die GAP-Versicherung diese Differenz (GAP).
- Angesichts der hohen Anzahlung von 50 % des Kaufpreises durch Herrn Meyer ist es nahezu ausgeschlossen, dass die Kreditverpflichtungen während der Vertragslaufzeit den Wiederbeschaffungswert des Fahrzeugs übersteigen. Die GAP-Versicherung ist deshalb für Herrn Meyer nicht sinnvoll.
- 1.4
- optische Fahrzeugkontrolle/ggf. Fahrzeug reinigen
 - technische Fahrzeugdurchsicht/Übergabedurchsicht durchführen
 - Nummernschilder montieren

 - Bereitlegen und Übergabe der Fahrzeugunterlagen an den Kunden
 - ◆ Zulassungsbescheinigung Teil I und ggf. Teil II (nicht bei Finanzierung und Leasing)
 - ◆ Kundendienst-Scheckheft
 - ◆ Bordbuch mit Bedienungsanleitung
 - ◆ COC-Papiere
 - ◆ Garantiebedingungen
 - ◆ Schlüssel

 - Fahrzeugpräsentation
 - Fahrzeugübergabe dokumentieren (Kundenbestätigung über Fahrzeugzustand)
 - Fahrzeugeinweisung
 - Kundenpräsident überreichen

 - Erläuterung der Rechnung
 - Annahme der Zahlung (Geldwäschegesetz ggf. beachten)

Schriftliche Abschlussprüfung Sommer 2021

Aufgabe 1

1.1.1		Anzahl der Planstellen (Bruttopersonalbedarf) [5 + 1+ 20 + 2]	28
	-	Anzahl besetzter Stellen (Personal-Istbestand)	25
	=	Offene Planstellen (Personalunterdeckung)	3
	+	Zu ersetzende Abgänge:	2
		Kündigung	1
		Ruhestand	1
		Mutterschutz	1
	-	Feststehende Zugänge:	1
		Rückkehr aus der Elternzeit	1
		Rückkehr aus dem Mutterschutz	1
	=	Nettopersonalbedarf	5

1.1.2 In der Gebrauchtwagenabteilung gibt es zum 30.06.2021 drei offene Stellen. Es fehlen der Verkaufsleiter und zwei Verkäufer.

1.1.3 Durch die Personalunterversorgung leidet die Qualität der Kundenbetreuung. Außerdem drohen Aufträge verloren zu gehen, wenn nicht genügend Verkäufer für mögliche Kunden zur Verfügung stehen. Die Arbeitsbelastung der vorhandenen Verkäufer ist hoch. Unmut, mangelnde Motivation, geringe Leistungsbereitschaft und mögliche Kündigungen können die Folge sein.

1.2 Ich empfehle die externe Personalbeschaffung,

- ♦ da sie zu einer größeren Bewerberauswahl führt.
- ♦ da sie neue Impulse von außen („frischen Wind“) in das Unternehmen bringt.
- ♦ um die Arbeitsbelastung des bestehenden Personals in der Abteilung Verkauf GW zu senken.

oder:

Ich empfehle die interne Personalbeschaffung,

- ♦ da die Motivation des Personals, sich im Unternehmen weiterzuentwickeln, steigt.
- ♦ da Vertrautheit des Personals mit dem Unternehmen, dem Sortiment und bestehenden Prozessen besteht.
- ♦ da der Aufwand für die Personalbeschaffung und Bewerberauswahl geringer ist.

(je zwei Argumente)

1.3	Von:	Schülername@ah-gnädiger.de
	An:	Michaela.Kowalski@ ah-gnädiger.de
	Betreff:	AW: Fragen zu Mutterschutz und Elternzeit
<p>Hallo Frau Kowalski,</p> <p>vielen Dank, dass Sie mich informieren. Gerne helfe ich Ihnen weiter.</p> <p>1. An Sonn- und Feiertagen dürfen wir Sie laut § 6 (1) MuSchuG nicht beschäftigen, es sei denn, Sie sind ausdrücklich damit einverstanden. Sprechen Sie also nochmal mit Herrn Rossi.</p> <p>2. Falls Sie Elternzeit nehmen wollen, müssen Sie diese laut § 16 (1) BEEG spätestens sieben Wochen vor Beginn beim Arbeitgeber schriftlich einreichen.</p> <p>3. Ein Telefonanruf reicht zur Beantragung somit nicht aus.</p> <p>4. Sie können nach § 15 (2) BEEG für Ihr Kind maximal drei Jahre Elternzeit beantragen.</p> <p>Hoffentlich konnte ich Ihnen weiterhelfen. Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>Name des Prüflings</p>		

Inhalt: 4 Punkte

Form, Sprache: 1 Punkt